

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
04.04.2012
Ausschussbetreuender Fachbereich
**Angelegenheiten der
Gemeindeverfassung/Ratsbüro**
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 14.02.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:03 Uhr - 19:35 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2011 - öffentlicher Teil**
0039/2012
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2012/2013**
0068/2012

6. **Jahresabschluss der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2009**
0043/2012
7. **Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030**
0409/2011
8. **Einwohnerfragestunde**
0051/2012
9. **Annahme einer Schenkung**
0666/2011
10. **Übernahme einer Dauerleihgabe**
0667/2011
11. **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung**
0021/2012
12. **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege**
0557/2011
13. **Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Rückblick Projekte 2011 und Ausblick Projekte 2012**
0661/2011
14. **Zwischenergebnis: Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach**
0646/2011
15. **Offenhalten von Verkaufsstellen**
0045/2012
16. **Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der V. Änderungsverordnung**
0028/2012
17. **Verlängerung der Geltungsdauer der Ziffer 11 der städtischen Vergabeordnung und eine korrespondierende Anpassung des § 9 Satz 2 der städtischen Zuständigkeitsordnung zur Verlängerung der Vergabeverfahrensvereinfachung im Rahmen des Konjunkturpaketes II**
0026/2012
18. **Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4233 - Steinbacher Weg**
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0017/2012
19. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 19.1 **Antrag der FDP-Fraktion vom 25.01.2012 zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
0058/2012

- 19.2 Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 31.01.2012 zur Umbesetzung im Haupt- und Finanzausschuss**
0065/2012
- 20. Anträge der Fraktionen**
- 20.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 30.01.2012 zur Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und den Auswirkungen der Schulempfehlungen**
0066/2012
- 21 Anfragen der Ratsmitglieder**
- 21.1 Schriftliche Anfragen**
- 21.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 30.01.2012 zur Errichtung einer temporären Außenschießanlage neben dem Bürgerzentrum Schildgen**
0067/2012, 0067/2012/1
- 21.1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 31.01.2012 (eingegangen am 01.02.2012) zur Innenstadtsanierung**
0070/2012
- 21.2 Mündliche Anfragen**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Urbach eröffnet um 17:03 Uhr die 17. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Herr Urbach stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die heutige Sitzung sind Herr Ditzler, Herr Schacht (beide CDU-Fraktion), Frau Winkels (SPD-Fraktion), Frau Koshofer (FDP-Fraktion) und Herr Lang (Fraktion DIE LINKE./BfBB) entschuldigt. Herr Henkel (CDU-Fraktion) ist ab 17:07 Uhr, Herr Voßler (Fraktion KIDitiative) ab 17:11 Uhr anwesend. Frau Hammelrath (SPD-Fraktion) ist bis 18:40 Uhr, Frau Beisenherz-Galas (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bis 19:16 Uhr und Herr Höring (CDU-Fraktion) bis 19:32 Uhr anwesend.

Herr Urbach benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 02.02.2012 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- die mit Schreiben vom 10.02.2012 übersandte aktualisierte Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 31.01.2012, des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 02.02.2012, des Haupt- und Finanzausschusses am 07.02.2012 und des Planungsausschusses am 09.02.2012 sowie der Vorlage Nr. 0067/2012/1 (Tagesordnungspunkt A 21.1.1), der Vorlage Nr. 0070/2012 – Anfrage der FDP-Fraktion vom 31.01.2012 (eingegangen am 01.02.2012) zur Innenstadtsanierung, der Vorlage Nr. 0069/2012 – Anfrage der FDP-Fraktion vom 31.01.2012 (eingegangen am 01.02.2012) zu einer Bürgerschaft, sowie der Vorlage Nr. 0075/2012 – Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.02.2012 zum Rechnungsprüfungsamt,
- einen Sachantrag der FDP-Fraktion zu Tagesordnungspunkt A 15 als Tischvorlage,
- den Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 als Tischvorlage sowie
- die den Ratsmitgliedern ausgehändigten ergänzenden Unterlagen (Kopien der Präsentationsfolien) zu Tagesordnungspunkt B 5.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 13.12.2012 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2011 - öffentlicher Teil

0039/2012

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung über die Nebentätigkeiten des Bürgermeisters

Herr Urbach teilt mit, der Niederschrift über die heutige Sitzung werde eine Aufstellung der Nebentätigkeiten des Bürgermeisters beigelegt. Er sei nach den einschlägigen Rechtsvorschriften verpflichtet, diese dem Rat anzuzeigen. Darüber hinaus würden diese Angaben auch auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach veröffentlicht.

Mitteilung zum Gewerbegebiet Kürten-Spitze

Herr Urbach teilt mit, die Gemeinde Kürten plane unmittelbar hinter der Stadtgrenze und östlich der Landstraße ein ca. 9,9 Hektar großes Gewerbegebiet. So weit bekannt, werde sie dafür an anderer Stelle (Unterossenbach) 4,4 Hektar Gewerbefläche aufgeben. Die Flächen lägen ca. 8 Kilometer von der Anschlussstelle Moitzfeld an die Bundesautobahn A 4 entfernt. Nach Mitteilung der Gemeinde Kürten sollten die Flächen schrittweise entwickelt werden und insbesondere der Verlagerung örtlicher Betriebe dienen. Aus Sicht der Stadt Bergisch Gladbach sei vor allem die Verkehrserzeugung des neuen Gebietes kritisch zu betrachten. Dies gelte neben der Belastung der Ortsdurchfahrt Herkenrath und der beampelten Kreuzungen in Herkenrath und Moitzfeld vor allem der Kreuzung an der A 4-Anschlussstelle Moitzfeld. Diese Kreuzung sei von entscheidender Bedeutung für nennenswerte Teile der gewerblichen Entwicklung der Stadt Bergisch Gladbach. Sie sei vor einigen Jahren durch die Stadt Bergisch Gladbach deutlich ertüchtigt worden, liege allerdings in der Baulast des Landes Nordrhein-Westfalen und sei in der Prioritätenliste des Landes für Baumaßnahmen bis 3 Millionen Euro nur in der Reserveliste enthalten. Die Stadt Bergisch Gladbach fordere regelmäßig Verbesserungen an dieser Kreuzung. In einigen Wochen werde auf Einladung der Stadt Bergisch Gladbach ein Behördentermin mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW – Niederlassung Gummersbach und Autobahnamt Krefeld –, der Gemeinde Kürten und der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach stattfinden, um zu einer gemeinsamen Vorgehensweise aller Beteiligten zu gelangen und insbesondere die Interessen der Stadt Bergisch Gladbach zu wahren.

Der Rat nimmt die Mitteilungen des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre

2012/2013

0068/2012

Herr Urbach überträgt auf Grund der Abwesenheit der Ersten stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Ingrid Koshofer die Sitzungsleitung auf den Zweiten stellvertretenden Bürgermeister Herrn Josef Willnecker und hält seine Rede zur Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2012 und 2013.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Urbach übernimmt daraufhin wieder die Sitzungsleitung.

Es folgt die Rede zur Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 von Herrn Kämmerer Mumdey.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Urbach verweist auf den Beschlussvorschlag, den Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 ohne Aussprache zur Beratung an die Fachausschüsse zu überweisen.

Herr Ziffus fragt, wie der Bürgermeister es sich erkläre, dass sich die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen im Monat Januar des laufenden Jahres um 25% gegenüber den Steuereinnahmen im Monat Januar des Vorjahres erhöht hätten.

Herr Mumdey antwortet, die Stadt berücksichtige die vom Land mitgeteilten positiven Orientierungsdaten, könne deren genaue Ursachen jedoch nicht darstellen.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 der Stadt Bergisch Gladbach wird zur Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

6. Jahresabschluss der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2009
0043/2012

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss**:

Der Rat nimmt gemäß § 95 Absatz 3 GO NRW den vom Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2009 zur Kenntnis und leitet ihn gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

7. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030
0409/2011

Herr Kamp bittet den Bürgermeister, über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages separat abstimmen zu lassen. Die Fraktion Freie Wähler befürworte das Integrierte Stadtentwicklungskonzept und werde den Ziffern 1. und 2. des Beschlussvorschlages zustimmen, vermisse jedoch eine Darstellung der Lösungsansätze anderer Städte.

Herr Santillán äußert die Ablehnung des Beschlussvorschlages durch die Fraktion DIE LINKE./BfBB, weil ein Gewerbeflächenkonzept, das vor Allem Gewerbeflächen in Lustheide und Frankenforst ausweise, Bestandteil des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes sei. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB befürworte jedoch grundsätzlich den Ansatz, ein integriertes Konzept aufzustellen.

Auch Herr Dr. Baeumle-Courth befürwortet für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich das Konzept in vielen Punkten, beispielsweise der Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und dem ganzheitlichen Ansatz. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde sich in den Abstimmungen aber enthalten, da ein Gewerbeflächenkonzept enthalten sei, das auch eine Prioritätenliste umfasse, deren ersten drei Punkte problematisch sein würden und die auch die Bahndammtrasse aufführe.

Herr Dr. Metten äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Der integrierte Ansatz des Konzeptes sei sehr hilfreich, um die Situation und Entwicklung aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Er äußert seine Verwunderung, dass in den vielen vorbereitenden Veranstaltungen in Detailfragen oftmals Einvernehmen bestanden habe und dass nun in Anbetracht des Gesamtkonzeptes ablehnende Haltungen aufträten. Herr Dr. Metten bittet die Fraktionen, ihre Kritiken künftig in den vorbereitenden Beratungen zur Diskussion zu stellen.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung auch der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Es sei richtig, dass in dem Konzept auch Gewerbeflächenpotentiale ausgewiesen würden, denn die finanziellen Probleme der Stadt Bergisch Gladbach würden aus den zu niedrigen Gewerbesteuererinnahmen resultieren, die aber nicht in zu niedrigen Hebesätzen begründet seien.

Die FDP-Fraktion habe zudem vorgeschlagen, die Thematik „Verkehr“ systematisch untersuchen zu lassen, was derzeit auch vorbereitet werde.

Herr Waldschmidt erläutert, auch die SPD-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen zustimmen. Besonders wichtig sei das Leitprojekt Integrierter Verkehrsentwicklungsplan, das in dem vorliegenden Konzept auch Berücksichtigung finde.

Der Rat fasst daraufhin in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

- 1. Der vorliegende Bericht zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach – ISEK 2030 – wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Der Rat fasst daraufhin in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

- 2. Die Entwicklungsziele, das räumliche Leitbild sowie die Handlungsleitlinien für die räumliche Planung des ISEK 2030 stellen den übergeordneten Handlungsrahmen für die künftige räumliche Entwicklung in Bergisch Gladbach dar.**

Der Rat fasst daraufhin in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./BfBB und der Fraktion Freie Wähler bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

- 3. Bei allen Planungen, einschließlich des Flächennutzungsplans, sind die Aussagen des ISEK 2030 im Sinne des § 1 Absatz 6 Nr. 11 Baugesetzbuch als städtebauliches Entwicklungskonzept zu berücksichtigen.**

Der Rat fasst daraufhin in separater Abstimmung mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./BfBB und der Fraktion Freie Wähler bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

- 4. Die im ISEK 2030 genannten Leitprojekte sollen mit Vorrang umgesetzt werden.**

Der Rat fasst daraufhin in separater Abstimmung einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 5. Dem Rat und den zuständigen Ausschüssen wird regelmäßig im Abstand von ca. zwei Jahren ergebnisorientiert über die Umsetzung des ISEK 2030 berichtet.**

- 8. Einwohnerfragestunde
0051/2012**

Herr Urbach erläutert, es liege eine Einwohnerfrage von Herrn Hoffmann vor.

Er verliest dessen Fragen und beantwortet diese wie folgt:

Frage von Herrn Hoffmann:

„In Rösrath sinken die Abfallgebühren. Grund dafür ist die europaweite Ausschreibung der Restmüllabholung in Rösrath. Nach den mir vorliegenden Informationen schreibt die Stadt Bergisch

Gladbach ihre Restmüllabholung nicht europaweit aus, weil der Abfallwirtschaftsbetrieb in Obereschbach die Restmülltonnen ausleert und den Restmüll zur Müllverbrennung nach Leverkusen bringt. Weshalb wird die Restmüllabholung in Bergisch Gladbach nicht europaweit ausgeschrieben?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Die Stadt Bergisch Gladbach hat im Rahmen ihres Organisationsermessens eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung, den Abfallwirtschaftsbetrieb Bergisch Gladbach geschaffen, die die Restmüllsammlung durchführt. Insofern ist gegenüber meiner Antwort zur Ihrer inhaltsgleichen Anfrage zur Ratssitzung am 14.12.2006 keine Änderung eingetreten.“

Frage von Herrn Hoffmann:

„Zahlen die Haushalte in Bergisch Gladbach mehr als notwendig für die Restmüllabholung, weil die Stadt Bergisch Gladbach auf die europaweite Ausschreibung beim Restmüll verzichtet?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Nein. Auch in Bergisch Gladbach wurden die Abfallgebühren 2012 gesenkt. Die Gebührenhöhe je Liter Behältervolumen lässt keinen Rückschluss auf die tatsächliche Gebührenbelastung der Einwohner zu, da hierbei das satzungsgemäße Mindestbehältervolumen keine Berücksichtigung findet. Dies liegt in Rösrath mit 15 Litern je Einwohner und Woche doppelt so hoch wie in Bergisch Gladbach.“

Frage von Herrn Hoffmann:

„Verstößt diese Praxis gegen geltendes Recht?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Nein.“

Frage von Herrn Hoffmann:

„Ist die Stadt Bergisch Gladbach gemeinnützig oder eigennützig?“

Antwort des Bürgermeisters:

„Weder – noch. Die Abfallentsorgung arbeitet den gesetzlichen Vorschriften entsprechend nach dem Äquivalenzprinzip und dem Kostendeckungsprinzip.“

Zusatzfragen werden nicht gestellt.

9. Annahme einer Schenkung

0666/2011

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Schenkung wird angenommen. Herrn Walter Jansen, dem Witwer der verstorbenen Künstlerin, soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

10. Übernahme einer Dauerleihgabe

0667/2011

Der Rat fasst zur Übernahme der Werke aus der Paul-Luchtenberg-Stiftung einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dauerleihgabe wird übernommen und die Depotfläche zur Verfügung gestellt.

11. Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung
0021/2012

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB und des fraktionslosen Ratsmitgliedes Herrn Sirmasac folgenden **Beschluss**:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit den Trägern der Erziehungsberatung

- **Katholische Erziehungsberatung e.V. – Erziehungsberatungsstelle –, Bergisch Gladbach**
- **Evangelische Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region – Erziehungsberatungsstelle Bergisch Gladbach-Bensberg**

entsprechend den Anlagen zur Vorlage abzuschließen unter der Voraussetzung, dass der Kreistag und die Räte der beteiligten öffentlichen Träger der örtlichen Jugendhilfe ebenfalls der Unterzeichnung zustimmen.

12. Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege
0557/2011

Herr Kreutz äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Die bisher gültigen Richtlinien seien dringend reformbedürftig; mit dem vorliegenden Vorschlag werde auch auf Änderungswünsche der Tagespflegepersonen eingegangen. Es sei auch dringend notwendig, die Tagespflegepersonen besser zu entlohnen. Nach der zweiten Revisionsstufe des Kinderbildungsgesetzes müssten Fraktionen, Verwaltung und Tagespflegepersonen wieder gemeinsam über eine leistungsgerechte Entlohnung beraten, was seitens der Verwaltung auch zugesagt worden sei.

Herr Santillán erläutert, die Fraktion DIE LINKE./BfBB werde sich in der Abstimmung enthalten, weil trotz vieler Verbesserungen mit den neuen Richtlinien eine Entlohnung der Tagespflegepersonen von nur 3,60 EUR pro Kind und Betreuungsstunde festgelegt werde und man damit deutlich unter der geforderten Mindestlohngrenze liege. Er hoffe, dass sich diese Situation deutlich verbessern werde.

Herr Buchen widerspricht dieser Darstellung. Es würden neben der Erhöhung der Betreuungsentgelte zahlreiche weitere Verbesserungen erzielt. Es sei sehr bedauerlich, dass die Fraktion DIE LINKE./BfBB in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses die qualifizierte Diskussion auf eine Mindestlohndebatte habe reduzieren wollen. Dies sei auch deshalb völlig unpassend gewesen, weil für die Tagespflegepersonen monatliche Betreuungsentgelte pro Kind auf Basis der Betreuungszeiten und der Qualifizierung festgelegt würden. Aus diesen Beträgen dürfe nicht pauschal auf einen Stundenlohn von 3,60 EUR geschlossen werden. Wenn die Fraktion DIE LINKE./BfBB einen solchen dennoch berechne, so müsse sie jedoch zumindest den richtigen Betrag benennen: Dieser steige von bisher ca. 3,60 EUR auf ca. 4,50 EUR.

Dies wird von Herrn Dr. Fischer bekräftigt. Es sei absurd, dass die Fraktion DIE LINKE./BfBB bei ihrer Berechnung davon ausgehe, dass die Tagespflegepersonen jeweils nur ein Kind betreuen würden. Bei einer angenommenen Betreuung von drei bis vier Kindern liege der Stundenlohn bei ca. 14,- EUR bis 18,- EUR und damit über dem Mindestlohn.

Herr Santillán entgegnet, die Tagespflegepersonen würden durchschnittlich zweieinhalb bis drei Kinder betreuen und es gebe auch Tagespflegepersonen, die nur einen Stundenlohn von 4,50 EUR erhielten; im schlechtesten Fall sogar weniger. Es sei nicht unzulässig, aus einem monatlichen Betreuungsentgelt einen Stundenlohn zu errechnen. Zudem würden die Tagespflegepersonen zu Selbstständigen gemacht, obwohl sie eigentlich abhängig Beschäftigte seien, da sie auf die Stadt Bergisch Gladbach angewiesen seien, um für die Betreuung von Kindern berücksichtigt zu werden.

Herr Urbach entgegnet, die Einschätzung, Tagespflegepersonen seien eigentlich abhängig Beschäftigte, sei falsch.

Herr Hoffstadt weist darauf hin, die Kindertagespflege müsse professionalisiert und anständig entlohnt werden. In der Lohndebatte sei zu beachten, dass die Tagespflegepersonen umso größere Räumlichkeiten vorhalten müssten, je mehr Kinder sie betreuen würden.

Herr Kamp äußert die Zustimmung der Fraktion Freie Wähler. Die Qualität der Kindertagespflege sei in Bergisch Gladbach vorbildlich. Herr Kamp bittet die Verwaltung, in Ausführung von Ziffer 3. des Beschlussvorschlages auch den Ratsmitgliedern eine Kostenübersicht bezüglich der Einrichtung von Großtagespflegestellen zur Verfügung zu stellen, sobald diese erstellt worden sei.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden ergänzten Beschluss:

1. **Die Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege werden in ihrer geänderten Fassung beschlossen.**
2. **Die Richtlinien treten in ihrer geänderten Fassung zum 01.03.2012 in Kraft. Die Erhöhung des Kindertagespflegeentgeltes nach Ziffer 12 Absatz 2 und Absatz 3 wird rückwirkend zum 01.01.2012 angewendet.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten und Grenzen von Großtagespflegestellen für die Tagesbetreuung in Bergisch Gladbach unter Beteiligung der freien Träger auszuloten und darzustellen, welche Ressourcen einschließlich der fachlichen Begleitung und Unterstützung erforderlich wären, um gelingende Großtagespflegestellen einzurichten.**
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, eine engere Kooperation mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei der Aus- und Fortbildung von Kindertagesmüttern und -vätern anzustreben und entsprechende Gespräche mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zu führen.**
5. **Bei der Gewinnung neuer Tagespflegepersonen ist neben der Gewinnung von Tagespflegemüttern insbesondere die Gewinnung von Tagespflegevätern anzustreben.**

13. **Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Rückblick Projekte 2011 und Ausblick Projekte 2012**

0661/2011

Herr Zalfen erläutert die Auffassung der SPD-Fraktion, der letzte Spiegelstrich unter Ziffer 1. der Sachdarstellung in der Vorlage könne nicht mit „Ausbau der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I“ überschrieben werden. Die Maßnahme sei in Anbetracht des Bedarfes von nach Darstellung der Verwaltung ca. 590 bis 1.100 Plätzen deutlich unterfinanziert, weshalb die SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen unter Ausweisung von Deckungsmöglichkeiten entsprechende Anträge stellen werde. In der heutigen Sitzung werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag aber zustimmen.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss**:

Die für 2012 vorgesehenen Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft werden begrüßt.

14. Zwischenergebnis: Aktionsplan Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach

0646/2011

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Jedoch könne Ziffer 2. des Beschlussvorschlages Investitionsbedarfe auslösen und es sei nicht ersichtlich, ob und mit welchen Belastungen für die Stadt Bergisch Gladbach zu rechnen sei. Diesbezüglich müsse mit Augenmaß agiert werden, um eventuelle Belastungen auf verträglichem Niveau zu halten.

Frau Lehnert bittet den Bürgermeister für die CDU-Fraktion, in Abweichung von den separaten Abstimmungen über die Ziffern 1. und 2. des Beschlussvorschlages in den Sitzungen der vorbereitenden Ausschüsse in der heutigen Sitzung über den Beschlussvorschlag insgesamt abstimmen zu lassen.

Herr Ziffus fragt unter Bezugnahme auf die Darstellung in der Vorlage, wie die Stadt Bergisch Gladbach glaubhaft versichern wolle, „Zugänglichkeit und Mobilität“ herzustellen, obwohl sie kürzlich bei der Komplettanierung eines Gymnasiums darauf verzichtet habe, indem entgegen der Vorschriften kein Aufzug installiert worden sei.

Herr Dr. Miede entgegnet, es handele sich vorliegend um eine Charta der Vereinten Nationen, der die Stadt Bergisch Gladbach Folge zu leisten habe. Eine gesetzliche Vorgabe bestehe noch nicht, sondern werde derzeit auf Landesebene beraten. Herr Dr. Miede erwidert auf den Wortbeitrag von Herrn Dr. Fischer, es sei in den Beratungen immer wieder verdeutlicht worden und allen Beteiligten daher auch bewusst, dass die Umsetzung dieser unerlässlichen Maßnahme hohe Kosten verursachen werde.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler folgenden **Beschluss**:

- 1. Die Grundaussagen für den Aktionsplan Inklusion „Inklusion – Vielfalt in Bergisch Gladbach“ werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossen.**
- 2. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach befürwortet die Schwerpunktlegerung auf die Bearbeitung der drei Themenfelder**
 - **schulische, außerschulische und berufliche Bildung**
 - **Zugänglichkeit und Mobilität, barrierefreie Kommunikation und Information**
 - **Arbeit und Beschäftigung.**

15. Offenhalten von Verkaufsstellen

0045/2012

Herr Urbach weist auf den als Tischvorlage vorgelegten Sachantrag der FDP-Fraktion hin, der Rat möge eine Resolution beschließen, mit der an die Landesregierung appelliert werde, das Ladenöffnungsgesetz in seiner jetzigen Form beizubehalten und nicht einzuschränken. Er schlägt zur Abstimmungsreihenfolge vor, der Rat möge zunächst über die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zu der Vorlage Nr. 0045/2012 und sodann über den bezeichneten Sachantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Herr Dr. Fischer begründet den Sachantrag der FDP-Fraktion damit, dass das Handelszentrum Bergisch Gladbach in Konkurrenz stehe mit den Zentren von Köln und anderen umliegenden

Städten und der Rat daher an die Landesregierung appellieren solle, das Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten in seiner derzeitigen Form beizubehalten.

Herr Waldschmidt moniert, die Verwaltung habe eine Vorlage vorgelegt, die bezüglich der vorgeschlagenen Termine identisch sei mit der Vorlage, die der Rat in der Sitzung am 13.12.2011 mit Ausnahme eines Termins mit der Intention vertagt habe, eine Reduzierung der verkaufsoffenen Sonntage im Stadtgebiet zu erreichen. Es sei sinnvoll, aus besonderen lokalen Anlässen wie z.B. Ortsteilfesten verkaufsoffene Sonntage einzurichten. Diese sollten jedoch nicht ohne einen solchen Bezug und auf Zuruf einzelner Einzelhändler gewährt werden. Die Verwaltung müsse den Ratsmitgliedern die für eine Abwägung notwendigen Informationen zur Verfügung stellen. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen und zur kommenden Sitzung des Rates beantragen, die Verwaltung möge mit den Interessengemeinschaften frühzeitig in Kontakt treten mit dem Ziel, die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage zu reduzieren. Der von der FDP-Fraktion beantragte Resolutionstext sei für die SPD-Fraktion nicht akzeptabel und auch unsinnig, denn es müssten zumindest die Ergebnisse der derzeit stattfindenden Anhörungen abgewartet werden.

Herr Mömkes erläutert, man habe sich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sinnvoller Weise mehrheitlich darauf verständigt, die vorgeschlagenen Termine für das Jahr 2012 zu beschließen, da die Händlerschaft zur Vorbereitung der Veranstaltungen in vielen Fällen bereits Verpflichtungen eingegangen sei. Die CDU-Fraktion sehe den Beratungen auf Landesebene bezüglich der von der Landesregierung beabsichtigten Neuregelung der Ladenöffnungszeiten mit Spannung entgegen. Der von der FDP-Fraktion beantragten Resolution werde die CDU-Fraktion zustimmen, auch um der von der Landesregierung beabsichtigten „Gängelung“ entgegen zu treten. Diese müsse akzeptieren, dass sich die Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft und mit ihr die Bedürfnisse der Bevölkerung gewandelt hätten, weshalb die gültige liberale Regelung vernünftig sei.

Herr Santillán schließt sich den Ausführungen von Herrn Waldschmidt an; die Fraktion DIE LINKE./BfBB werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen und auch nicht dem Antrag der FDP-Fraktion. Viele kleine Einzelhändler in den Zentren Bensberg und Gladbach würden die nach derzeitiger gesetzlicher Regelung bestehenden Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen und ihre Geschäfte relativ früh schließen, so dass die von der Landesregierung beabsichtigte Neuregelung diese kleinen Einzelhändler sogar vor der Konkurrenz der großen, abends lange geöffneten Geschäfte schützen würde. Auch die Rechte der Arbeitnehmer bezüglich ihrer Arbeitszeiten würden durch die beabsichtigte Neuregelung gestärkt. Von einer „Gängelung“ könne vor diesem Hintergrund daher keine Rede sein.

Herr Dr. Baeumle-Courth weist darauf hin, dass in der Beratung zwei Aspekte vermischt würden. Der Beschlussvorschlag betreffe nur die Einrichtung verkaufsoffener Sonntage, und diesbezüglich sei die von der FDP-Fraktion beantragte Resolution unpassend und plakativ. Die Ratsmitglieder sollten sich in ihren fundamentalistischen Positionen zurücknehmen und wahrnehmen, dass es verschiedene Interessenlagen in der Bevölkerung gebe, die es zu berücksichtigen gelte. In Bezug auf die verkaufsoffenen Sonntage sei es sinnvoll, diese aus besonderen lokalen Anlässen maßvoll einzurichten. Auf Zuruf eines einzelnen Einzelhändlers sollten aber nicht verkaufsoffene Sonntage für einen gesamten Ortsteil eingerichtet werden. Er weise auch auf die gesetzliche Möglichkeit hin, verkaufsoffene Sonntage branchenbezogen einzurichten. Er appelliere an alle Beteiligten und insbesondere an die Händlerschaft, mit den Planungen für das Jahr 2013 eher zu beginnen und an die Verwaltung, in den Vorlagen die Hintergründe der Vorschläge offen darzustellen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN werde sich in der Abstimmung über den Beschlussvorschlag enthalten. Die Argumentation im Resolutionstext der FDP-Fraktion, durch flexible Ladenöffnungszeiten würde der Einzelhandel im Wettbewerb mit dem Internethandel gestärkt, sei nicht haltbar, da es keinen Nachweis gebe, dass durch längere Ladenöffnungszeiten Kunden aus anderen

Einkaufszentren oder Kunden, die sonst über das Internet eingekauft hätten, stattdessen in Bergisch Gladbach einkaufen würden. Der Einzelhandel werde gegenüber dem Internethandel nur dadurch attraktiver, dass er Dienstleistungen rund um den Warenverkauf kundenorientiert anbieten könne.

Herr Galley erläutert, die SPD-Fraktion wolle die verkaufsoffenen Sonntage keinesfalls abschaffen, sondern auf ein vernünftiges Maß reduzieren. Herr Mömkes habe mit seinem Wortbeitrag jedoch deutlich gemacht, dass die CDU-Fraktion dieser Intention wohl nicht folgen werde. Die FDP-Fraktion vernachlässige mit ihrem Antrag das Interesse der abhängig Beschäftigten im Einzelhandel an angemessener Entlohnung und familienverträglichen Arbeitszeiten. Er rufe dazu auf, diese „zynische“ Resolution nicht zu beschließen.

Herr Kamp äußert die Zustimmung der Fraktion Freie Wähler zu dem Beschlussvorschlag, da es sich bei den vorgeschlagenen Terminen mit wenigen Ausnahmen um Traditionsveranstaltungen handele, die von Händlerschaft und Vereinen mit viel Engagement vorbereitet würden. In der kritischen Diskussion um die Arbeitszeiten der Beschäftigten im Einzelhandel werde übersehen, dass man sich wie selbstverständlich rund um die Uhr z.B. auf die Arbeit von Feuerwehr und Polizei verlasse. Der Einsatz für eine gerechte Entlohnung sei Sache der Gewerkschaften.

Herr Urbach erläutert, es sei dem Einzelhandel vor dem Hintergrund der derzeit geführten Situation sicherlich ersichtlich, dass der Rat die Thematik kritisch bewerte. Die Händlerschaft habe jedoch darum gebeten, die für das Jahr 2012 vorgeschlagenen Termine zu beschließen, da bereits Vorbereitungen getroffen und Verbindlichkeiten eingegangen worden seien.

Herr Kraus entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Santillán, er habe bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses – in der die Fraktion DIE LINKE./BfBB nicht vertreten gewesen sei – deutlich gemacht, dass die Verwaltung den Auftrag des Rates ausgeführt und nähere Erläuterungen zu den Terminvorschlägen mit der neuen Vorlage vorgelegt habe. Die CDU-Fraktion habe auch deutlich gemacht, dass bezüglich der für die Ortsteile Frankenforst und Moitzeld vorgeschlagenen Termine künftig in Abstimmung mit der Interessenvertretung der Einzelhändler eine Anbindung an die Zentren Refrath oder Bensberg erfolgen sollte. Die wirtschafts-, aber auch kundenfeindliche Haltung der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE./BfBB sollten alle Einzelhändler für die Zukunft in Erinnerung halten.

Herr Dr. Metten erläutert, es sei erkennbar, dass die Ratsmitglieder sich in der kritischen Beurteilung der hohen Anzahl an verkaufsoffenen Sonntagen einig seien und auch darin, diese künftig zu reduzieren. Der Rat solle jedoch dem Beschlussvorschlag für das Jahr 2012 aus den bereits bezeichneten Gründen folgen. Zu beachten sei auch, dass viele Arbeitnehmer gerne bereit seien, an einzelnen Sonntagen zu arbeiten, um in den Genuss der dafür gezahlten Zuschläge zu gelangen.

Herr Schütz entgegnet, die gesetzliche Regelung sehe die Einrichtung eines verkaufsoffenen Sonntages nur als Ausnahmemöglichkeit vor. Dies solle den Einzelhändlern wieder bewusst gemacht werden, da aus der Ausnahme auch in Bergisch Gladbach mittlerweile schleichend die Regel geworden sei. Der Sonn- und Feiertagsschutz dürfe auch aus kulturellen Gründen nicht ausgehöhlt werden. Herr Schütz regt an, der Bürgermeister könne die Stadtverwaltung an verkaufsoffenen Sonntagen ebenfalls und bestenfalls auch bis 22:00 Uhr geöffnet halten. Da der Rat die für das Jahr 2012 vorgeschlagenen verkaufsoffenen Sonntage noch nicht beschlossen habe, könne die Händlerschaft sich auch nicht darauf berufen, bereits Vorbereitungen eingeleitet zu haben.

Herr Urbach entgegnet, der vorliegende Beschlussvorschlag verstoße nicht gegen die geltenden gesetzlichen Regelungen. Es sei zudem nicht unüblich, dass Verwaltungsmitarbeiter an

Wochenenden – auch an Sonntagen – ihrer Tätigkeit nachgingen. Er verweist beispielhaft auf die Präsenz bei den Bergischen Bautagen und auf die Öffnungszeiten des Bürgerbüros.

Herr Santillán entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Kraus, er habe aus persönlichen Gründen, die sich der Beurteilung durch Herrn Kraus entziehen würden, nicht an der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teilnehmen können. Die von der Fraktion DIE LINKE./BfBB vertretene Auffassung sei – wie bereits dargestellt – eben nicht wirtschaftsfeindlich, da sie kleine Einzelhändler vor der Konkurrenz durch große Einzelhandelsbetriebe schütze.

Herr Ziffus erläutert, Einzelhandelsbetriebe könnten sich vor der Konkurrenz des Internethandels sinnvoll schützen, indem sie selbst auch zusätzlich Internethandel betreiben würden. Es wäre zudem sinnvoll, wenn sich die Einzelhändler in den Ortsteilen auf gemeinsame Öffnungszeiten einigen und diese dann auch einhalten würden. Die Passantenstromdichte habe im Bereich westliche Hauptstraße seit dem Jahr 2001 um über 30% zugenommen; werde sich aber bei verlängerten Öffnungszeiten wohl nicht erhöhen, sondern nur verteilen. Die von der FDP-Fraktion beantragte Resolution bewerte die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN daher sehr kritisch.

Frau Graner beantragt den Schluss der Rednerliste.

Herr Urbach fragt unter Hinweis darauf, dass nur Herr Wagner noch auf der Rednerliste stehe, ob ein Ratsmitglied für oder gegen den Geschäftsordnungsantrag sprechen wolle.

Da keine hierzu keine Wortmeldung erfolgt, lässt Herr Urbach über den Antrag auf den Schluss der Rednerliste abstimmen.

Der Antrag wird mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion KIDitiative angenommen.

Herr Wagner erläutert, die aus den verkaufsoffenen Sonntagen für die Beschäftigten im Einzelhandel entstehende Arbeitsbelastung solle nicht dramatisiert werden, denn es gehe um Zeiträume von je fünf Stunden zwischen 13:00 Uhr und 18:00 Uhr. Zudem seien die vorgeschlagenen Termine an lokale Veranstaltungen gebunden.

Der Rat fasst daraufhin mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Freie Wähler und des Bürgermeisters gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE./BfBB und gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion KIDitiative bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage zur Vorlage beschlossen.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Freie Wähler, einer Stimme aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und des Bürgermeisters gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE./BfBB, sechs Stimmen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, eine Stimme aus den Reihen der Fraktion KIDitiative und die Stimme des fraktionslosen Ratsmitgliedes Herrn Sirmasac bei Enthaltung je eines Ratsmitgliedes aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und aus den Reihen der Fraktion KIDitiative mehrheitlich angenommen.

Der Rat beschließt damit folgende Resolution:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach appelliert an den Landtag und die Landesregierung, das bestehende Ladenöffnungsgesetz in seiner jetzigen Form beizubehalten und nicht einzuschränken. Verbraucher sollen selbst entscheiden können, wann sie einkaufen gehen, und Händler sollen selbst entscheiden, wann sie ihre Geschäfte öffnen möchten. Der Einzelhandel wird durch flexible Ladenöffnungszeiten im Wettbewerb mit dem Internethandel gestärkt; gleichzeitig wird der Handelsstandort Bergisch Gladbach belebt. Liberale Öffnungszeiten entsprechen den Bedürfnissen der Verbraucher und ermöglichen persönliche Flexibilität bei verändertem Freizeitverhalten und veränderten Arbeitsbedingungen der Bürger.

**16. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der V. Änderungsverordnung
0028/2012**

Herr Ziffus erläutert, in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr sei auch diskutiert worden, ob die Stadt von Anfang an konsequent gegen Verunreinigungen des neuen Pflasters in der Fußgängerzone Gladbach mit Kaugummiresten vorgehen solle.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss**:

Die Neufassung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung mit folgenden Änderungen beschlossen:

In § 6 Absatz 1 Nr. 1 wird hinter dem Begriff „Lebensmittelresten“ der Begriff „Kaugummis“ eingefügt.

„§ 6 Absatz 1 Nr. 5“ wird in „§ 6 Absatz 2“ umbenannt; die folgende Absätze (bisherige Absätze 2 und 3 im Verordnungsentwurf) erhöhen sich numerisch um jeweils eine Ziffer (und werden damit zu den Absätzen 3 und 4).

In § 8 Absatz 2 wird die Formulierung „sowie Ballspiele jeglicher Art“ gestrichen.

§ 9 Absatz 1 Nr. 1 wird um die Formulierung „Laubsaugern und Laubbläsern“ ergänzt.

**17. Verlängerung der Geltungsdauer der Ziffer 11 der städtischen Vergabeordnung und eine korrespondierende Anpassung des § 9 Satz 2 der städtischen Zuständigkeitsordnung zur Verlängerung der Vergabeverfahrensvereinfachung im Rahmen des Konjunkturpaketes II
0026/2012**

Herr Urbach erläutert, in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.02.2012 habe die SPD auf Grund des Inkrafttretens des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz NRW) am 10.01.2012 beantragt, § 9 Ziffer 4 der Zuständigkeitsordnung neue Fassung nach dem Spiegelstrich „Auftragssumme“ um einen weiteren Spiegelstrich wie folgt zu ergänzen: „- Angaben über die Berücksichtigung von Umwelt-, Energieeffizienz- und Sozialkriterien.“ Dieser Antrag sei zur Prüfung durch die Verwaltung zur heutigen Sitzung zurückgestellt worden.

Herr Dr. Winzen zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück. Die Verwaltung habe deutlich gemacht, dass die genannten Kriterien besser in der Vergaberichtlinie aufgehoben wären, als in der Zuständigkeitsordnung. Er weise darauf hin, dass die SPD-Fraktion die Vergaberichtlinie erst kurz vor der Sitzung erhalten habe und insofern nicht im Vorfeld darüber informiert gewesen sei. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn dies auch in der Sitzung des Vergabeausschusses behandelt worden wäre. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, verbunden mit der Hoffnung, dass vor Allem das Hochbau- und das Grünflächenamt nicht den neuen Spielraum nutzen und nicht vermehrt freihändige Vergaben an Stelle öffentlicher Ausschreibungen vornehmen würden. Der Bundesrechnungshof habe nach Presseberichten gegen ein Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums zu den Konjunkturpaket-II-Maßnahmen, auf dem auch der Erlass des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen basiere, Einspruch eingelegt, da die öffentlichen Auftraggeber durch das Zurückfahren öffentlicher Ausschreibungen zu Gunsten der freihändigen Vergabe beträchtliche Verluste erlitten hätten und die Korruptionsgefahr gestiegen sei.

Herr Kamp fragt, ob noch Mittel aus dem Konjunkturpaket II verfügbar seien. Wenn nicht, erledige sich der Einwand der SPD-Fraktion.

Herr Schmickler antwortet, das Land Nordrhein-Westfalen beabsichtige eine Fortführung der Regelung, obwohl das Konjunkturpaket II ausgelaufen sei. Die Regelung habe die Arbeit der Verwaltung deutlich erleichtert. Die Kontrolldichte werde durch eine unveränderte Einbeziehung des Vergabeausschusses und der Rechnungsprüfungsamtes aufrechterhalten.

Herr Kamp erläutert, nach seinem Verständnis würden die vorgeschlagenen Änderungen nur für aus dem Konjunkturpaket finanzierte Maßnahmen gelten.

Herr Urbach antwortet, es werde vorgeschlagen, Regelungen um ein Jahr zu verlängern, die sich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II als sinnvoll erwiesen hätten.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Für den Zeitraum bis zum 31.12.2012 wird zwecks erneuter Verlängerung der begleitend zum Konjunkturpaket II festgelegten Vergabewertgrenzen, die bereits mit Ratsbeschluss vom 28.04.2009 für den Zeitraum bis zum 31.12.2010 festgesetzt worden waren und zuletzt mit Ratsbeschluss vom 29.03.2011 für den Zeitraum bis zum 31.12.2011 verlängert wurden, folgendes bestimmt:

- 1. Der IV. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung mit der Maßgabe beschlossen, dass in Ziffer 11 Satz 2 das Datum „31.12.2011“ gestrichen und durch das Datum „31.12.2012“ ersetzt wird.**
- 2. Der II. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung mit der Maßgabe beschlossen, dass das Datum „31.12.2010“ in § 9 Satz 2 der Zuständigkeitsordnung gestrichen und durch das Datum „31.12.2012“ ersetzt wird.**

**18. Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4233 - Steinbacher Weg
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0017/2012**

Herr Steinbüchel erläutert, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehne den Beschlussvorschlag ab, da sich Verwaltung und Planungsausschuss vorliegend mit einer Satzung für einen sehr kleinen

Bereich befasst hätten, was nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht nötig gewesen wäre und zudem Begehrlichkeiten an anderer Stelle wecke.

Der Rat fasst daraufhin in jeweils separater Abstimmung jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgende **Beschlüsse**:

- I. **Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4233 - Steinbacher Weg - gemäß § 3 Absatz 2 BauGB eingereichten Anregungen von**
 - T 1 Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird teilweise entsprochen,
 - T 2 Rheinisch Bergischer Kreis, Der Landrat wird nicht entsprochen,
 - T 3 Bezirksregierung Arnsberg wird entsprochen.
- II. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 34 Absatz 4 Nr. 3 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4233 – Steinbacher Weg – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 34 Absatz 5 BauGB.**

19. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

19.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 25.01.2012 zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
0058/2012

und

19.2 Antrag der Fraktion Freie Wähler vom 31.01.2012 zur Umbesetzung im Haupt- und Finanzausschuss
0065/2012

Herr Urbach fragt die Ratsmitglieder, ob diese einverstanden seien, über die beiden Anträge unter Tagesordnungspunkt A 19 in einer Abstimmung Beschluss zu fassen.

Die Ratsmitglieder zeigen sich mit diesem Vorschlag einvernehmlich einverstanden.

Herr Schütz erläutert zu dem Antrag der Fraktion Freie Wähler, die Änderung solle in Absprache mit der Fraktion KIDitiative erst mit Wirkung vom 01.04.2012 beschlossen werden.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgende **Beschlüsse**:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird angenommen.

Der Antrag der Fraktion Freie Wähler wird angenommen. Die beantragte Umbesetzung erfolgt mit Wirkung vom 01.04.2012.

20. Anträge der Fraktionen

20.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 30.01.2012 zur Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und den Auswirkungen der Schulempfehlungen
0066/2012

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird an den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport überwiesen.

21. Anfragen der Ratsmitglieder

21.1 Schriftliche Anfragen

21.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 30.01.2012 zur Errichtung einer temporären Außenschießanlage neben dem Bürgerzentrum Schildgen

0067/2012, 0067/2012/1

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

21.1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 31.01.2012 (eingegangen am 01.02.2012) zur Innenstadtsanierung

0070/2012

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

21.2 Mündliche Anfragen

Herr Ziffus: Anfrage zu erhöhten Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen

Herr Ziffus fragt unter Bezugnahme auf seine Anfrage unter Tagesordnungspunkt A 5, wie die erhöhten Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen zu Stande gekommen seien.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Santillán: Anfrage zum Jahresabschluss 2008

Herr Santillán fragt, warum die Verwaltung einem Bürger eine Einsichtnahme bezüglich des Jahresabschlusses 2008 versagt habe und warum der Jahresabschluss 2008 bisher nicht veröffentlicht worden sei.

Herr Mumdey widerspricht dieser Darstellung. Die Verwaltung könne und dürfe dem bezeichneten Bürger nicht ganze Pakete an Unterlagen unentgeltlich übersenden. Die Verwaltung habe dem Bürger im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Einsichtnahme in den Räumlichkeiten der Verwaltung angeboten, und dieser mache auch seit Jahren von diesem Angebot Gebrauch. Für das Anfertigen und Übersenden von Kopien durch die Verwaltung müsse jedoch jeder Bürger Verwaltungsgebühren entrichten. Die Verwaltung sehe keinen Grund, diesen Bürger bevorzugt zu behandeln. Der Jahresabschluss werde ordnungsgemäß veröffentlicht.

Herr Komenda: Anfrage zur Reinigung von Schulgebäuden

Herr Komenda fragt, ob der Verwaltung die Beschwerden einiger Schulen über die mangelnde Qualität der Gebäudereinigung bekannt seien. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich, ein Vertreter des Fachbereiches 8 möge auch an den Sitzungen des Infrastrukturausschusses teilnehmen, damit den Ausschussmitglieder in den Ausschusssitzungen der Sachverstand der Verwaltung zur Verfügung stehe.

Herr Martmann bittet Herrn Komenda, ihm die Schulen, die sich beschwert hätten, konkret zu benennen, damit er den Beschwerden nachgehen könne. Bekanntlich sei die Reinigung noch nicht an allen Schulen umgestellt worden, so dass sich insbesondere die Frage stelle, ob die Beschwerden eine der bisherigen oder eine der neuen Reinigungsfirmen betreffen.

Herr Urbach ergänzt, die Bitte, die Verwaltung möge auch an den Sitzungen des Infrastrukturausschusses teilnehmen, werde verwaltungsintern diskutiert werden.

Herr Komenda: Anfrage zum Löwencentrum Bensberg und der Öffnung der Fußgängerzone Bensberg

Herr Komenda bittet um Sachstandsmitteilung bezüglich des Löwencenters Bensberg und der Öffnung der Fußgängerzone Bensberg.

Herr Urbach antwortet, in der vergangenen Woche habe ein Gespräch zum Löwencenter stattgefunden und es gebe keinerlei Signale des Investors, dass sich die weitere Entwicklung verzögere. Er erwarte für die nächsten Wochen oder Monate erste architektonische Vorschläge.

Herr Komenda fragt ergänzend, ob nicht nach dem Zeitplan der Verwaltung der Bebauungsplan bereits hätte fertig gestellt werden müssen.

Herr Urbach antwortet, nach dem Zeitplan hätte der Aufstellungsbeschluss gefasst werden müssen, und dies sei auch geschehen. Sollte es zeitnah zu einer Baumaßnahme kommen, werde die Verwaltung vorher keine größeren Investitionen in dem Bereich Fußgängerzone Bensberg vornehmen, da diese sonst in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.

Herr Komenda: Anfrage zum Progymnasium

Herr Komenda fragt, ob die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht bezüglich des Progymnasiums Gebrauch machen werde und bittet um Mitteilung des Verhandlungsstandes.

Herr Urbach antwortet, der Verein sondiere derzeit in Abstimmung mit der Finanzverwaltung gemeinnützigkeitsunschädliche Möglichkeiten. Erst nach einer Klärung dieser Fragen könne das weitere Vorgehen konkret ins Auge gefasst werden.

Herr Komenda entgegnet, dem Verwaltungsrat der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR sei bei der Einbringung des Vorschlages „Kauf des Progymnasiums“ suggeriert worden, die Angelegenheit wäre äußerst dringlich und müsse sofort entschieden werden. Er könne daher nicht nachvollziehen, dass man sich nun so viel Zeit lasse.

Herr Urbach entgegnet, dies sei nicht der Fall. Es sei dem Verein nur mit Mühe gelungen, von nicht lokal ansässigen Banken gesetzte Fristen mehrfach zu verlängern. Er bittet Herrn Komenda, sich bei dem Verein darüber zu informieren, dass der Verein zu dem Zeitpunkt der Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR sehr in Bedrängnis gewesen sei. Er sehe sich nicht befugt, dazu weitergehende Auskünfte zu geben.

Frau Schmidt-Bolzmann: Anfrage zu Baumfällungen am Friedhof Gronau

Frau Schmidt-Bolzmann bittet um Mitteilung des Hintergrundes der Fällung zahlreicher Bäume am Friedhof Gronau.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Kamp: Anfrage zur Erstellung einer Bilanz für das Haushaltsjahr 2009

Herr Kamp fragt, ob die Verwaltung eine Bilanz für den Gesamthaushalt des Haushaltsjahres 2009 erstellen – so wie es ab dem Haushaltsjahr 2010 Pflicht sei – und den Ratsmitgliedern zur Verfügung stellen könne.

Herr Mumdey antwortet, dem Rat sei zur heutigen Sitzung der Entwurf des Jahresabschlusses 2009 vorgelegt worden. Den vom Rechnungsprüfungsausschuss in der Sitzung am 20.03.2012 planmäßig geprüften Jahresabschluss 2009 solle der Rat in der Sitzung am 29.03.2012 planmäßig feststellen. Die Vorlage des Jahresabschlusses 2010 sei für den Sommer 2012 geplant. Für das Haushaltsjahr 2010 sei das höchste Defizit zu erwarten, dass in seiner bisherigen Dienstzeit bei der Stadt Bergisch Gladbach angefallen sei.

Herr Urbach ergänzt, über die genaue Höhe könne erst zu einem späteren Zeitpunkt Auskunft erteilt werden.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:16 Uhr.